

---

## Die Marginalisierung des Staates

### 1. Bemerkenswerte Ausfälle

Drei in ihrer Tragweite völlig unterschiedliche, in ihrer Bedeutung aber bemerkenswert verwandte Ereignisse der letzten Wochen und Tage beschäftigten den Verfasser des Anlagekommentars am Ende des Jahres 1995: Die mühselige Einigung im Budgetprozess der USA, die neuerlichen Turbulenzen im englischen Königshaus sowie die kürzliche Wahl des schweizerischen Bundespräsidenten. Allfälligen Befürchtungen, die Analyse aus dem Hause bewege sich mit der Behandlung solcher Themen in seichte Gewässer, sei zum vorneherein entgegnet, dass sich die wesentlichen Entwicklungen der Zeit kaum je aus Statistiken und Zahlenbergen herauslesen lassen, sondern eher aus scheinbar unwichtigen Einzelphänomenen.

Das Interessante an der Auseinandersetzung zwischen US-Präsident Clinton und dem Kongress ist nicht unbedingt das Ausmass der Kompromisse, denen sich schliesslich beide Seiten zu unterziehen haben. Und es ist in der gegenwärtigen Situation nicht einmal mehr besonders bemerkenswert, dass beide, Präsident und Kongress, mit Vorschlägen aufwarten, die sich im Endeffekt ziemlich nahekommen. Die Notwendigkeit einer fiskalischen Kontraktion ist in Amerika, quer durch die Parteien, weit unumstrittener als hierzulande. Was aber wirklich unsere Beachtung finden muss, sind die Begleiterscheinungen des Zustands, in dem sich die USA seit etwa drei Monaten befinden. Durch das Erreichen einer weiteren Stufe in der Maximalverschuldung herrscht bekanntlich so etwas wie eine Zahlungssperre des Kongresses gegen die Verwaltung. Das Phänomenale liegt nun aber im Umstand, dass es gar keine nennenswerten Begleiterscheinungen gibt!

Vor Jahren wäre es doch völlig undenkbar gewesen, einen Teil der amerikanischen Verwaltung einfach lahmzulegen, den Zahlungsverpflichtungen nur mit Handständen nachzukommen, eine Weltmacht der Gefahr der temporären Zahlungsunfähigkeit auszusetzen! Die Finanzmärkte - und nicht nur diese - hätten zumindest mit Panik reagiert, ja, vielleicht wäre sogar eine der vielbefürchteten, regelrechten Systemkrisen eingetreten. Nichts dergleichen passiert heutzutage. Die Angelegenheit ist nicht viel mehr als ein müdes Achselzucken wert, derweil die Finanzmärkte sich ganz anderen und offenbar wichtigeren Themen annehmen, der Dow-Jones-Index sich zu höchsten Rekordhöhen emporschwingt und sich sogar der US-Dollar stabilisiert.

Die relative Bedeutungslosigkeit des nominell doch eigentlich sehr wichtigen Budgetprozesses ist es, was uns beschäftigen muss, bzw. die Tatsache, dass eine solche Situation überhaupt entstehen und über längere Zeit anhalten kann, ohne gravierende Folgen zu generieren. Halten wir also vorläufig fest: Das Tun oder Lassen staatlicher Instanzen hat offenbar einen Bedeutungsverlust erlitten. -

Dass Königshäuser ihre Skandale haben, ist nicht erst seit Prinzessin Diana bekannt. Und dass das breite Publikum sich daran ergötzt, wissen wir spätestens seit den Geschichten am Hofe von Versailles. Die Art und Weise aber, wie sich der englische Souverän der Lächerlichkeit preisgibt, ist etwas grundsätzlich Neues. Denn wiederum liegt das Bemerkenswerte nicht in den Skandalgeschichten als solchen, sondern vielmehr im Umstand, dass sie nicht mehr die Spalten im Auslandteil seriöser Zeitungen füllen, sondern bestenfalls noch unter den "Vermischten Meldungen" Erwähnung finden. Halten wir fest: Was früher zumindest repräsentative Autorität hatte, ist zum peinlichen Klatschobjekt verkommen. -

Schliesslich: Sicherlich mag man Bundesrat Pascal Delamuraz die zum zweiten Mal erfolgte Wahl zum Bundespräsidenten gönnen. (Für das internationale Lesepublikum: Der Schweizerische "Ministerpräsident" wird jeweils für die Dauer eines Jahres aus dem Regierungskollegium erkoren und vom Parlament gewählt.) Die Tatsache aber, dass der neue Bundespräsident sich demnächst einer Herzoperation unterziehen muss, die ihn während mindestens 8 Wochen ausser Gefecht setzt, lässt aufhorchen. Kann sich die Schweiz eine solche Vakanz leisten? Schwer zu sagen - jedenfalls hätte in einer dem Wettbewerb ausgesetzten Konzernleitung anders entschieden werden müssen. Es macht den Anschein, und halten wir dies als Zwischenergebnis fest, dass die Leitung einer Staatsregierung neuerdings offenbar von geringerer Bedeutung als diejenige einer Unternehmung ist.

## **2. Die Phänomenologie eines Niedergangs**

Drei Ausfälle - eines Staatshaushalts, eines Königshauses, eines Regierungschefs: und nichts geschieht. Die Welt dreht sich problemlos weiter. Grund genug, sich darüber Gedanken zu machen, ob die Bedeutungsminde rung der staatlichen Instanz lediglich ein vorübergehendes Phänomen sei oder aber den Beginn einer längerfristigen Entwicklung markiert. Dass die Auseinandersetzung mit dieser Frage nicht nur der Ergötzung des ordnungspolitisch interessierten Kommentarschreibers dient, sondern den Anleger in hohem Masse interessieren sollte, liegt auf der Hand. Man denke nur an die Unmenge von Staatspapieren in den Portefeuilles unserer privaten Kunden und namentlich der Pensionskassen. Wenn es zutrifft, dass der Staat als solcher in seiner generellen Bedeutung eine Herabstufung erfährt, und wenn diese Entwicklung von zeitlichem Bestand sein wird, dann ist es auch voraussehbar, dass

dieselbe Herabstufung im Bereich der Staatsschulden erfolgen wird.

Oberflächlich gesehen ist die Situation ja denkbar widersprüchlich. Mit Konsternation beobachten wir das Entstehen neuer Nationalstaaten, namentlich im Osten, und mit grossem Unbehagen deren unersättlichen Expansionsdrang. Diesem wiedererstandenen (oder nachzuholenden?) Nationalismus steht eine Bedeutungsminde rung der staatlichen Instanz im industrialisierten Teil der Welt gegenüber, wie sie markanter nicht sein könnte:

a) Kaum eine Industrienation kann sich heute noch als Verteidigungsgemeinschaft - eine der ursprünglichsten und wichtigsten Motivationen für einen staatlichen Zusammenschluss - sehen. Moderne Sicherheitsprobleme sind komplex, überregional, ja oft nicht einmal eindeutig lokalisierbar (Terrorismus!). Entsprechend vernetzt müssen die sicherheitspolitischen Antworten sein. Das gilt auch für die Schweiz. Der Infanteriekampf an der Sperre auf der Schwägalp oder die Panzerjagd im Lauchetal sind eher unwahrscheinlich geworden, die Gefährdung unserer komplizierten und anfälligen Systeme durch alle möglichen Aktionen zu Lande oder aus der Luft ist jedoch sehr wohl denkbar.

b) Interessanterweise zieht sich der Staat aber auch aus der Verantwortung für die innere Sicherheit zusehends zurück. Wenn nicht gerade Leib und Leben medienwirksam gefährdet oder verletzt werden, dann muss der Bürger heute auf den Schutz durch den Staat weitgehend verzichten. Eigentumsdelikte bleiben ungeahndet. Nicht umsonst schießen private Wach- und Schutz-Organisationen wie Pilze aus dem Boden. In den USA gibt es bereits Siedlungen, die durch Schutzzäune im Sinne mittelalterlicher Stadtmauern abgeschirmt sind.

c) Die Staaten haben auch ihre Stellung als Brennpunkt der Kommunikation verloren. Die modernen Technologien vom Fax über den Computerlink bis zum Satellitenfernsehen haben die territorialen Grenzen obsolet gemacht. Zwischen Zürich und New York läuft mehr kommunikativer Austausch als zwischen Appenzell und dem Oberwallis. Die nationalen Medienanstalten (und -monopole) sind Relikte der Vergangenheit; es ist lediglich noch eine Frage der Zeit und des politischen Beharrens in alten Schemen, wann sie von der Bildfläche verschwinden.

d) Die Staaten haben ihre Bedeutung als Wirtschaftsräume verloren. Kaum ein Schweizer Unternehmen bereits ab mittlerer Grösse, das nicht irgendwo im Ausland zusätzlich verankert wäre - zur Produktion, für die Vermarktung, zur Bewältigung spezieller Aufgaben. Auch in grösseren Ländern wie Deutschland, Frankreich, ja selbst den USA, ist diese Globalisierung der Wirtschaft augenfällig.

e) Der Staat verliert auch als Rechtsraum an Bedeutung. Dies einerseits durch die unbestreitbare Bedeutungssteigerung supranationaler Normen, viel mehr vermutlich aber durch faktische Rechtssetzung (Usancen, "Spielregeln", Gentlemen's Agreements etc.) nichtstaatlicher, übernational tätiger Organisationen. Der Niedergang des Rechts andererseits, d.h. die

Regulierung jeglicher Lebensvorgänge und die Degradierung von Recht zu Kochbuchanweisungen für das gesellschaftliche Zusammenleben - trägt aber letztlich wohl am meisten zur Bedeutungsminderung der Nationen als Rechtsräume bei.

f) Aber auch als psychosoziales Subjekt hat der Staat seine Würde und Letztinstanzlichkeit verloren. Nichts, was nicht in Frage gestellt oder eher noch in den Dreck gezogen würde. Die Schwierigkeit, für öffentliche Aemter einigermaßen taugliche Mitbürgerinnen und -bürger zu finden, hat ihre Ursache keineswegs in der Bemessung der Entlohnung oder der mangelnden zeitlichen Verfügbarkeit, sondern vielmehr im Niedergang des Sozialprestiges einer solchen Aufgabe. Wer wagt es denn heute noch, auf sein Amt als Parlamentsmitglied, als Richter, als Offizier, als Polizist stolz zu sein?

g) Was übrigbleibt, sind die Nationen als Adressaten aller möglichen Ansprüche. Bezüglich Subventionsbegehren, Forderungen nach sozialen Leistungen und nach Existenzsicherung: da besteht noch ein nationales Selbstverständnis. Wir haben kürzlich die hängigen Begehren schweizerischer Parlamentarier einer Auswertung unterzogen. Wenig überraschend, aber nicht minder bedrohlich erscheint das Resultat: Vorsichtig gerechnet müssen mindestens 80 % aller Vorstösse der Kategorie "Begehrlichkeiten" zugeordnet werden. Interessant ist auch, wie sich in bezug auf die Anspruchsmentalität die Gräben zwischen den Sprachregionen unseres Landes schliessen. Wenn es etwas in Bern zu holen gibt, ist der "Röstigraben" schnell übersprungen!

Die Reduktion des Staates auf die Funktion als Anspruchsadressatin ist allerdings zu wenig, um auf die Länge gerechtfertigt zu bleiben!

### **3. Politischer und wirtschaftlicher Strukturwandel**

Wenn man nach den Gründen für diese offenkundig fundamentalen Veränderungen sucht, dann stösst man in politischer Hinsicht bald einmal auf den Wegfall der bipolaren Machtsituation nach dem Ende des Sowjetimperiums am Ende der Achtzigerjahre. Wieviele institutionelle Anordnungen hatten sich doch über Jahrzehnte lediglich noch durch die reale Bedrohung aus dem Osten gerechtfertigt! In der Schweiz beispielsweise entstand im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs eine grosse Anzahl von gemischtwirtschaftlichen, d.h. halbstaatlichen, genossenschaftlich organisierten oder auch ganz dem Staat zugeordneten Institutionen. Sie machten unter dem Titel der wirtschaftlichen Landesverteidigung als Problemlösung für ein eingekesselt Land sehr viel Sinn. Unter dem Eindruck des Kalten Krieges hielten sie sich aber sehr viel länger, als dies unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnvoll gewesen wäre. Kaum ein "strategisches" Import- oder Exportgut, bei dem nicht in irgendeiner Weise staatliche oder halbstaatliche Hände mit im Spiel sind.

Die Geschichte der Schweizerischen Käseunion, des Weissweinimports oder des Uhrenkartells spricht Bände. Wir stehen heute mitten im Auflösungsprozess dieser alten Strukturen, weil ihre äussere Rechtfertigung definitiv weggefallen ist. Dass der Auflösungsprozess einiges an Ungereimtheiten bananenrepublikanischer Art zutage fördert, überrascht wenig, und noch weniger, dass es manchenorts schmerzt, von den über 50 Jahre alten Pfründen Abschied zu nehmen.

Das Ende der bipolaren Machtsituation hat zu einer politischen Funktionsveränderung und Bedeutungsverminderung geführt, die noch eine Weile anhalten wird. Was im Kleinen für die Käseunion zutrifft, findet analog auch im Grossen statt. Ein Teil der immensen Ausweitung der staatlichen und halbstaatlichen Tätigkeiten seit dem Zweiten Weltkrieg lässt sich damit erklären, dass die äussere Bedrohung jegliche Bestrebungen begünstigte, die auf höhere soziale und politische Kohärenz hinwirkten. So würde man heute vermutlich eine Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung (AHV), wie es sie in der Schweiz und in ähnlicher Form in anderen westlichen Ländern gibt, nicht mehr so leicht zustande bringen. Der Zwang zum Konsens ist nicht mehr in dem Masse vorhanden. Bezeichnend ist, dass nun genau diese sozialstaatlichen Institutionen unter gewaltigen Rechtfertigungsdruck geraten.

Dieser politische Strukturwandel geht einher mit den Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich, wie sie im früher schon eingehend beschrieben wurden. Gefördert durch die modernen technischen Möglichkeiten auf dem Gebiete der Computertechnik und der Kommunikation, hat sich eine Internationalisierung der Weltwirtschaft ergeben, die alle herkömmlichen Vorstellungen bei weitem übertrifft. Die Verschiebung von Entwicklungs-, Produktions- und Vermarktungskapazitäten rund um den Globus bedeutet heute nicht mehr eine krisenhafte unternehmerische Ausnahmesituation, sondern gehört zum selbstverständlichen Instrumentarium des Unternehmenserfolgs.

Die Ablösung von der territorialen Gebundenheit hat Folgen. Im wesentlichen ist man ganz einfach bedeutend weniger auf staatliche Instanzen angewiesen. Es gibt neuerdings einen Trade-Off zwischen Lobbyieren und Auswandern: Wenn die Rahmenbedingungen am einen Ort nicht mehr stimmen, dann verlagert man sich halt an einen andern Ort. Daraus resultiert, ob man das will oder nicht, ein Wettbewerb um Rahmenbedingungen, und dieser wiederum schränkt den freien Spielraum politischer Instanzen ein.

#### **4. Anachronistisches in Europa**

Unter diesem Blickwinkel bereitet es dann durchaus etwas Mühe, gewisse Aspekte der europäischen Integrationspolitik zu begreifen. Soweit es um die Oeffnung der Grenzen für den Güter- und Dienstleistungsverkehr geht, würde sich die Entwicklung ja absolut im Einklang mit den beschriebenen glo-

balen Strukturveränderungen bewegen. Die Europäische Union will aber mehr. Trotz Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Maastrichter Abkommen wird in Brüssel mit allen Kräften an einer Art Super-Staat gebastelt, der von der normierten Biegung der Euro-Essig-Gurke bis zur gemeinsamen Grundlagenforschung sprichwörtlich alles regeln soll und der vor allem Drehscheibe eine gigantischen Umverteilungsübungen werden soll. Diese Übung heisst Währungsunion, so, wie sie von den Politikern verstanden wird.

Seit unserem Kommentar Nr. 168, in dem wir uns eingehend mit Szenarien zur Einführung einer europäischen Währungsunion auseinandergesetzt haben, sind einige Dinge so eingetroffen, wie sie damals voraussehen waren. Die Divergenz zwischen ökonomischem und politischem Raisonement hat sich akzentuiert. Im wesentlichen gibt es heute die Wahl zwischen einer auf (sehr) weichen Konvergenzkriterien beruhenden "politischen" Währungsunion vieler EU-Staaten und einer "ökonomischen" EWU mit praktisch keinen Mitgliedern. Seit den Streiks in Frankreich - übrigens einem schlagenden Beispiel der immensen Schwierigkeiten bei der Strukturveränderung übertriebener Staatsgebilde - hat sich die Situation insofern noch verschärft, als Frankreich immer weniger zu den Mitgliedern des "harten Kerns" gehören kann.

Die Bestrebungen zur Errichtung eines europäischen Superstaats sind aus ökonomischer wie aus politischer Sicht anachronistisch. Die faktische Integration der Weltwirtschaft läuft der erzwungenen, auf kollektivistischen Machbarkeitsvorstellungen beruhenden politischen Integration hoffnungslos davon.

## **5. Bundesrepublik Deutschland vs. Coca Cola**

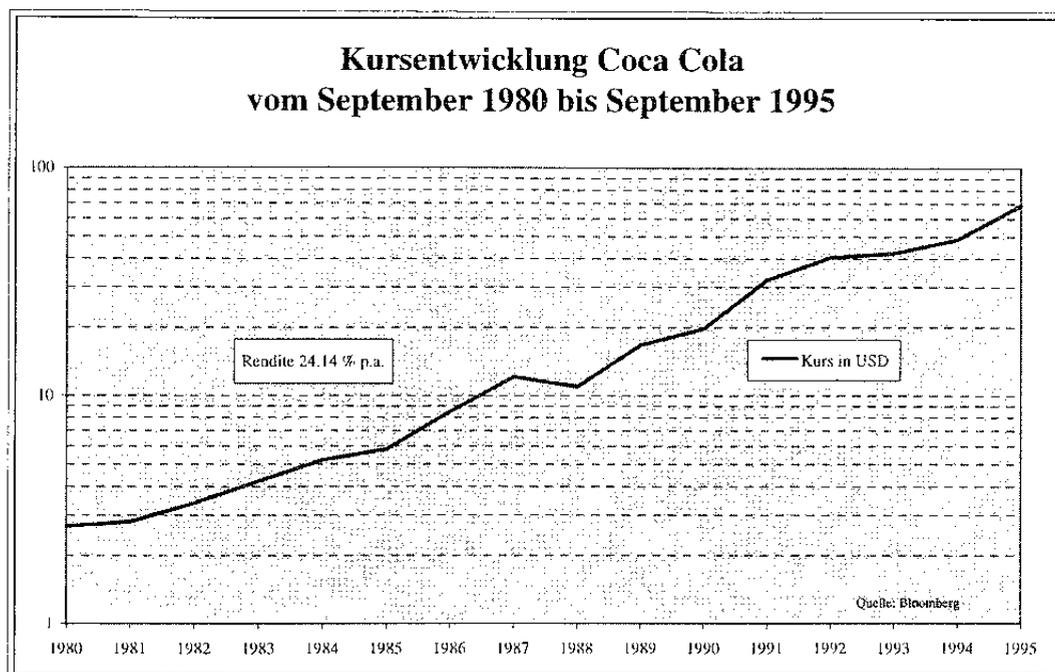
Es ist unseres Erachtens an der Zeit, dass man sich ernsthafte Gedanken macht, welche Auswirkungen die Bedeutungs-minderung staatlicher Institutionen für die Finanzmärkte haben könnten. Eines scheint uns zum vorneherein gewiss zu sein: Die Bedeutungs-minderung staatlicher Institutionen wird vor der Bonitätsfrage staatlicher Schulden nicht Halt machen. Je weniger sich der Staat durch objektive Leistungen rechtfertigen kann, umso schwieriger wird es für ihn auch sein, dem Bürger Steuern zu entringen. Mit anderen Worten ist kaum damit zu rechnen, dass sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte so rasch verbessern wird, selbst wenn von heute an rigoros gespart würde. Da unter dem Druck der Strukturveränderungen das Wirtschaftswachstum für geraume Zeit zu wünschen übriglassen wird, kann auch von dieser Seite nicht mit einer nachhaltigen Verbesserung der staatlichen Haushalte gerechnet werden. M.a.W. ist fiskalische Kontraktion angesagt, der sich die Regierungen, welcher politischen Couleur auch immer, nicht entziehen können.

Wir sind keine Anhänger von Crash-Szenarien (etwa im Stile von "Die nächste Schuldenkrise kommt bestimmt"). Vielmehr sind wir der Ansicht, dass die Finanzmärkte aufgrund der ra-

tionalen Erwartungsbildung vieles vorwegnehmen und damit die komparativen Vorteile des Staates als Schuldner erodieren werden. Das kann ein langsamer Prozess sein, und er wird auch nicht unbedingt nur die Schulden im engeren Sinne betreffen, sondern beispielsweise auch die Währung und/oder das jeweilige Zinsniveau. Man tut deshalb gut daran, sich sehr genau zu überlegen, wo auf der Welt die institutionelle Krise am schwersten wiegen wird. Unsere Befürchtung, dass dies in Europa eher der Fall sein könnte als in Amerika, lässt sich nicht so leicht von der Hand weisen.

Es scheint uns, dass bereits seit einiger Zeit eine gewisse Abwendung der Investoren von der Schuldenseite und eine Hinwendung zur Eigenmittelhergabe im Gange ist. Der lange und unentwegte Anstieg der amerikanischen Börsenindizes kann nicht mit dem Argument fehlender Anlagealternativen erklärt werden, da die US- $\text{\$}$ -Zinsen im Gegensatz etwa zu den Verhältnissen im Schweizerfranken eine nach wie vor respektable Höhe aufweisen. Es sieht vielmehr danach aus, dass in Amerika die breite Masse teilweise direkt, teilweise über Funds, begonnen hat, in Aktien zu investieren. Mit der Marginalisierung des Staates ist eine Entpolitisierung der Arbeit einhergegangen. Die Macht der Gewerkschaften hat sich im Vergleich zu früher deutlich reduziert. Der Arbeitnehmer von heute kompensiert den kollektivistischen Lohnerhoheungsdruck durch eine Partizipation am Unternehmenserfolg.

Die effektive Weitergabe des Unternehmenserfolges ist natürlich eine Voraussetzung dafür, dass ein solcher Siegeszug eines regelrechten Volks-Kapitalismus überhaupt einsetzen kann. Nicht umsonst redet heute jedermann hierzulande von "Shareholder-Value". Zu lange wurde der Aktionär als *quantité négligeable* behandelt, und noch dämmert es längst nicht überall, dass es sich nicht unbedingt um einen hinterhältigen Angriff eines bösen Raiders handeln muss, wenn eine Aktionärsgruppe die erzielte Unternehmensrendite in Frage stellt ...



Unter der Voraussetzung aber, dass effiziente Finanzmärkte für eine genügende Weitergabe des Unternehmenserfolgs an die Aktionäre sorgen, muss man sich ernsthaft die Frage stellen, ob man auf die Länge sein Geld nicht lieber an eine kerngesunde Unternehmung anstatt an mehr oder minder marode fiskalische Gebilde gibt. Vorstehende Grafik zeigt eine längerfristige Investition in einen der amerikanischen Standardwerte, Coca Cola, auf. Bei allem Auf und Ab der Börsen und der  $\$$ -Zinsen konnte mit einem Investment in Cola-Aktien in den letzten 15 Jahren eine durchschnittliche Rendite von 24 % erzielt werden. Das bei einer recht geringen Schwankungsbreite der jährlichen Renditen - die Volatilität der Cola-Aktie beträgt im Durchschnitt 16 %.

## 6. Ausblick, Lichtblick? Vorbehalte

Die Konsequenzen aus der Marginalisierung des Staates können gar nicht überschätzt werden. Eine ganze Epoche der stetig steigenden Staatsquoten scheint zu Ende zu gehen. Das sind grundsätzlich gute Nachrichten für diejenigen, die seit je in den Wertschöpfungsprozess investiert haben. Allerdings stellt sich natürlich die Frage, wie stabil ein System sein wird, bei dem die Staaten eine bedeutend geringere Rolle spielen werden. Wie wird sich ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und staatlicher Institution gestalten? Schwerwiegende Fragen, wenig Antworten. Man wird sich in den nächsten Jahren eingehend damit beschäftigen müssen.

Die Auseinandersetzung mit der Tendenz der Bedeutungsminde- rung des Staates wäre nicht vollständig, wenn nicht auf einige alternative Szenarien hingewiesen würde und auf mögliche Implikationen an den Finanzmärkten. So ist natürlich keineswegs klar, ob nicht, aus welchen Gründen auch immer, die kollektivistisch-etatistischen Kräfte, namentlich in Europa, doch noch obsiegen werden. Weltweiter Protektionismus ist als mögliche Entwicklungsalternative nicht auszuschliessen, wenngleich die moderne Kommunikationstechnologie und die hohe Mobilität der Ressourcen dies unwahrscheinlich macht.

So kampflos gibt die kollektivistische Nomenklatura mit ihren vielen Denkverböten (der treffende Ausdruck stammt aus der NZZ vom vergangenen Wochenende) ja kaum Terrain preis. Sehr bezeichnend ist, wie nach der kürzlichen Publikation eines Weissbuches über Deregulierungs- und Privatisierungs- massnahmen durch eine Anzahl schweizerische Unternehmer geradezu ein mediales Trommelfeuer gegen die bösen "Sozialdemonteuere" eröffnet wurde. Es völlig offen, ob man im kollektivistisch denkenden Europa in der Lage sein wird, sich der neuen Situation anzupassen.

Ein weitergehendes Szenario wird uns derzeit in Frankreich vorgespielt. Es ist ja keineswegs so, dass der Niedergang des Staates nicht mit gravierenden sozialen und politischen Problemen verbunden sein könnte, im Gegenteil! Gerade

---

Frankreich mit seinem überschweren Beamtenapparat zeigt, wie schmerzhaft ein Strukturwandel sein kann. Chaos und, angesichts der zum Teil menschenfeindlichen Verhältnisse in den von sozial Benachteiligten, meist Zugewanderter bewohnten Vorstädte, bürgerkriegsähnliche Zustände können keineswegs ausgeschlossen werden. Wenn es nicht gelingt, sämtliche Schichten frühzeitig an den Früchten eines Strukturwandels teilnehmen zu lassen, dann sind soziale Spannungen vorprogrammiert.

Schliesslich kann auch nicht verhehlt werden, dass der Niedergang staatlicher Bedeutung praktisch rund um den Globus ein Vakuum schafft, bei dem fraglich ist, ob es Bestand haben könne: im Machtbereich. Vorderhand sind es noch die USA, die schlecht und recht und immer weniger bereitwillig die militärische Initiative in ihrer Hand halten. Auch über die globale wie regionale Machtfrage wird noch viel Denkarbeit zu leisten sein.

---

Es hat grosse Vorteile, in einer Epoche zu leben, in der sich Grundlegendes ändert. Denn erstens ist das Leben auf diese Weise ein wenig interessanter, und zweitens, wenn man mit genügend Disziplin die Lage immer wieder aufs neue vorurteilslos beurteilt, wird man im Strukturwandel auch nicht untergehen. So, wie sich die Situation heute präsentiert, darf man zuversichtlich sein, dass Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit überkommenes kollektivistisches Anspruchsdenken verdrängen wird. Wo Markt gewinnt und Staat verliert, kann der Anleger nicht grundsätzlich daneben sein.

KH, 20.12.95

---